

len Bereichen, die über bloße Kulturausübung hinausgingen, aktiven Widerstand entgegen. Zu einem weiteren Streitpunkt wurde in den 60er Jahren die Einschätzung des Verhältnisses zur Bundesrepublik. Der berühmte Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965 führte zu scharfer Kritik in der PVAP, vor allem wegen der darin angesprochenen Bereitschaft zur Versöhnung. K. schreibt dem Programm Wyszyńskis zur Ausweitung des gesellschaftlichen Einflusses der Kirche eine wichtige Funktion beim Entstehen oppositioneller Kräfte in Polen zu, überschätzt dabei aber wohl das Tempo der Wirkung des Zweiten Vatikanischen Konzils ein wenig. Bei der insgesamt vorsichtig positiven Bewertung der Haltung der Kirche angesichts der antisemitischen Kampagne des Jahres 1968 scheinen leichte Zweifel angebracht zu sein, war doch von öffentlichen Äußerungen führender Kirchenvertreter in jener Zeit nichts zu hören, während sie gegen das Vorgehen gegen Teile der akademischen Jugend immerhin protestierten.

Im abschließenden Beitrag setzt sich Helmut Wagner (Berlin) mit dem Ende der Ära Gomulka im Dezember 1970 auseinander. Er rückt dabei die Person des Parteichefs in den Vordergrund. Bei der Schilderung der Ereignisse stellt er – wie manch andere vor ihm – eine Kausalität zwischen dem deutsch-polnischen Vertrag vom 7. 12. und dem Sturz Gomulkas am 20. 12. 1970 her, die sich nicht belegen läßt. Die Entmachtung sollte statt dessen eher als Folge des sich schon länger abzeichnenden Realitätsverlustes des Parteichefs gesehen werden. Im Unterschied zu 1968 waren nun die Arbeiter Anführer der Protestbewegung im Land, sie brachten Gomulka zu Fall.

Insgesamt gesehen stellen die Ergebnisse einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des behandelten Zeitraums dar. Gerade durch die Heterogenität der verschiedenen Aufsätze entsteht für den Leser das Bild einer nach Ländern völlig unterschiedlichen inneren Entwicklung – natürlich unter der unveränderlichen Oberhoheit Moskaus –, die beweist, daß die Verwendung des Begriffes „Ostblock“ über Jahrzehnte hinweg eine irreführende Vereinfachung darstellte.

Mainz

Markus Krzowska

Mariana Hausleitner: Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka. Mit einem Vorwort von Egbert Jahn. (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 28.) Campus Verlag, Frankfurt, New York 1994. 309 S., DM 78,—.

Gestützt auf die penible Auswertung der offiziellen Verlautbarungen, der Tagespresse, der Publizistik und wissenschaftlicher Untersuchungen, von der die ausführlichen Anmerkungen und die erschöpfende Bibliographie (S. 287–309) zeugen, hat die am Osteuropa-Institut der FU Berlin beschäftigte Vf.in eine gehaltvolle Studie vorgelegt, in der sie schlüssig die Ziele der sowjetischen Osteuropapolitik unter Gorbachov analysiert und die Ursachen für ihre Erfolglosigkeit aufzeigt. Nach der ausführlichen Präsentation ihrer – im Laufe der Untersuchung durch die Ereignisse mehrfach veränderten – Fragestellung und des methodischen Vorgehens werden in vier, auf Kosten des Leseflusses und der inhaltlichen Zusammengehörigkeit stellenweise allerdings zu stark untergliederten Kapiteln die innenpolitischen Rahmenbedingungen des außenpolitischen Wandels zwischen 1985 und 1991, die Veränderungen in den sowjetischen Bündnisbeziehungen, die Reaktion der sowjetischen Medien auf die Entwicklung in Osteuropa und die Aufarbeitung der das Verhältnis der UdSSR zu den sozialistischen „Bruderländern“ belastenden historischen Konflikte vorgestellt. In souveräner Materialbeherrschung und mit sicherem Urteil bewertet Mariana Hausleitner auf dieser faktengeprägten Basis abschließend die Chancen und inneren Widersprüche der sowjetischen Osteuropapolitik.

Ausgehend von der Prämisse, daß bei Gorbachovs Amtsübernahme im März 1985 das sowjetische Herrschaftssystem noch funktionstüchtig war, obschon sich die Volkswirtschaft bereits in einer tiefen Krise befand, sieht H. einen tiefen, von gravierenden Veränderungen begleiteten Einschnitt im Zeitraum 1987/88, als das vom Generalsekretär der KPdSU verfolgte Konzept einer kontrollierten Reform von oben besonders in Polen und Ungarn zur ungewollten Stärkung der dortigen oppositionellen Kräfte beitrug, die nicht mehr in das bestehende System eingebunden werden konnten. Von den eigenen reformbereiten Kadern unter Druck gesetzt und weitgehend ratlos auf die Gegenaktionen der Konservativen sowie der reformunwilligen Nomenklatura in der DDR, der ČSSR, in Bulgarien und Rumänien reagierend, entglitt der Moskauer Führung zunehmend die Kontrolle über das „sozialistische Lager“ und die Entwicklung im eigenen Land. Notgedrungen propagierte Gorbachov ab 1987 die griffige Formel vom „gemeinsamen Haus Europa“, um die von der Wirtschaftsmisere erzwungenen Abrüstungsmaßnahmen und die unausweichliche engere Kooperation mit den westlichen Demokratien zu rechtfertigen. Als die Entwicklungen in Polen und Ungarn ab Sommer 1989 den vom Generalsekretär antizipierten Rahmen einer kontrollierten Öffnung sprengten, die anderen KP-Führungen aber jedwede Veränderung der verkrusteten Strukturen zurückwiesen, blieben dem auch im eigenen Land unter wachsenden Druck geratenen Gorbachov nur hilflose Appelle, doch Reformprozesse einzuleiten, bevor es zu spät sei. Die Vf.in schreibt dem Generalsekretär der KPdSU immerhin das Verdienst zu, die Bruderparteien von einem Gewalteinsatz gegen die unruhig gewordene Bevölkerung zurückgehalten und einen pragmatischen Kurs verfolgt zu haben, ohne sich jedoch bewußt zu sein, daß die Flüchtlingskonvois und die sich zu Revolutionen auswachsenden Demonstrationen den endgültigen Zusammenbruch der Herrschaftsstrukturen des östlichen Bündnisses beschleunigen mußten. Sie arbeitet überzeugend heraus, wie nach dem Amtsantritt Gorbachovs Politbüro und Zentralkomitee allmählich ihren Einfluß auf den außenpolitischen Kurs der UdSSR verloren und neue Institutionen wie das von Oleg Bogomolov geführte Akademie-Institut oder aufgeschlossene Persönlichkeiten wie Aleksandr Jakovlev und Außenminister Ševardnadze zur Neueinschätzung der Lage und zur Aufarbeitung der belasteten, bislang tabuisierten Beziehungen zu den „Bruderländern“ und ihren kommunistischen Parteien in der Vergangenheit (Stalinismus, Komintern, Hitler-Stalin-Pakt, Katyn, Schauprozesse 1948–1952, Militärinterventionen von 1956 und 1968) beitrugen.

Diese solide gearbeitete, gut zu lesende Zeitgeschichtsstudie, die leider kein Personenregister besitzt, legt eindrucksvoll offen, warum die insgesamt erstaunlich schlecht über die Verhältnisse und Entwicklungen in ihrem Bündnissystem informierte Moskauer Führung die von Polen, Ungarn und den baltischen Sowjetrepubliken ausgehenden Reforminitiativen verkannt und dadurch den Machtverlust der Kommunisten in Osteuropa sowie das Auseinanderbrechen der UdSSR mitverschuldet hat. Eine besondere Bedeutung erhält das Buch durch seine Sachlichkeit, mit der nicht nur das halbherzige Agieren Gorbachovs, sondern auch die Rolle der höchsten Parteigremien, des NKVD, der Armeeführung, der Wirtschaftsexperten und der sowjetischen Reformkräfte geschildert, der Transformationsprozeß und die Schwierigkeiten, auch in Rußland eine *Civil Society* aufzubauen, dargestellt und der Weg in die postkommunistische Gesellschaft beschrieben werden. Nach der Lektüre lassen sich auch Hintergründe und Ursachen für den neuen, häufig chauvinistische Formen annehmenden Nationalismus im zerfallenden Sowjetimperium sowie die Ängste und Vorbehalte der Russen vor einer Osterweiterung der NATO besser verstehen.

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch